Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	25.06.2009	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	25.06.2009	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Rechnungsabschluss 2008, hier: Bildung von Haushaltsresten im Verwaltungshaushalt

Ggf. frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beschlussvorschlag:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, wie folgt zu beschließen:

Der Bildung von Haushaltsausgaberesten in der Jahresrechnung 2008 im Verwaltungshaushalt entsprechend der dieser Vorlage beigefügten Liste wird zugestimmt.

Begründung:

Nach Ziffer 9 des „Handlungsrahmens zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten“ ist es im Rahmen der Konsolidierung nicht vertretbar, große „Schattenhaushalte“ neben dem laufenden Haushaltsplan zu bewirtschaften. Der Rat muss vor dem Hintergrund der Finanzlage auch bereits früher anfinanzierte Projekte, für die Ausgabereste gebildet wurden, erneut auf den Prüfstand stellen. Ggf. ist auf eine weitere Realisierung zu verzichten oder die Bildung selbständig nutzungsfähiger kleinerer Abschnitte vorzusehen bei zeitlicher Aufschiebung anderer Abschnitte. Noch nicht begonnene Maßnahmen sind zurückzustellen, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht beruht. Ersparte Ausgabereste sind abzusetzen. Die Haushaltsresteliste ist dem Rat zur Beratung über die Verwendung der Haushaltsreste vorzulegen.

Nach der beigefügten Liste ist vorgesehen, Haushaltsausgabereste in Höhe von insgesamt 5.617.702,34 € zu bilden (2007: 3.389.887,19 €). Im Vergleich zu 2007 sind zahlreiche Veränderungen eingetreten. Während sich die Masse der Veränderungen gegenseitig neutralisiert, führen im Wesentlichen folgende Sachverhalte zu der Steigerung des Gesamtvolumens:

- Im Einzelplan 2 wurde bei der Finanzposition 1.2000.522000.4 „Anbindung der Schulen ans Internet bzw. Intranet“ der Haushaltsansatz in Höhe von rd. 355 T€ nicht in Anspruch genommen. Die entsprechenden Maßnahmen wurden zwar bereits im letzten Jahr durchgeführt, die Rechnungsstellung und damit die konkrete Bezahlung erfolgt jedoch erst im Haushaltsjahr 2009.

- nzelplan 4 wurde bei diversen Finanzpositionen (Personal- und Sachkostenerstattung an Arbeit Plus, diverse Betriebskostenzuschüsse an Freie Träger) im Volumen von rd. 2 Mio. € Mittel nicht in Anspruch genommen. Die entsprechenden Leistungen wurden erbracht, die Rechnungsstellung und damit die Bezahlung erfolgt ebenfalls erst im Haushaltsjahr 2009.

Von dem Gesamtbetrag der Haushaltsausgabereste im Verwaltungshaushalt entfallen 2.072.385,00 € (Vorjahr = rd. 2,312 Mio. €) auf die Bildung von Haushaltsausgaberesten aus zweckgebundenen Einnahmen (wie z.B. Spenden, Landeszuweisungen, Elternbeiträge zum Mittagessen in Tageseinrichtungen für Kinder sowie Gebühren- bzw. Sonderabschlüsse). Soweit diese im Haushaltsjahr nicht verwendet werden, sind sie in das folgende Jahr zu übertragen, wenn die Zweckbindung nicht auf andere Weise gewährleistet ist.

Lässt man die zu bildenden Haushaltsausgabereste aus zweckgebundenen Einnahmen außer Betracht, so werden aus anderen Gründen (in aller Regel aufgrund von erteilten Aufträgen und eingegangenen Verpflichtungen) Haushaltsausgabereste in Höhe von 3.545.317,34 € (Vorjahr rd. 1,077 Mio. €) gebildet.

Wie in den Vorjahren ist an die Bildung von Haushaltsausgaberesten ein strenger Maßstab angelegt worden.

Die beigefügte Anlage enthält zum einen die Finanzpositionen, bei denen Haushaltsausgabereste aus dem Vorjahr vorgetragen wurden. Sofern diese Mittel nicht benötigt wurden, sind in der nächsten Spalte entsprechende Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vorjahren ausgewiesen. Die Bildung von Haushaltsausgaberesten wurde grundsätzlich nur auf Antrag vorgenommen. Hierüber wurde in einem entsprechenden Haushaltsrundschreiben informiert. Im Übrigen hat sich das Amt für Finanzen und Beteiligungen bei der Bildung der Haushaltsausgabereste in zahlreichen Fällen die eingegangenen Verpflichtungen durch die Vorlage entsprechender Unterlagen (erteilte Aufträge, Bestellscheine usw.) nachweisen lassen.

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Löseke, Stadtkämmerer